

Ungerecht und gefährlich

Von Patricia von Falkenstein

Am 14. Juni wird über die «Stipendien-Initiative» abgestimmt. Bildung und Ausbildung sind in unserem Land wichtig, wir haben weltweit eines der besten Systeme. Es ist sichergestellt, dass in der Schweiz niemand wegen knapper finanzieller Verhältnisse eine gewünschte Ausbildung nicht absolvieren kann. Die Kantone vergeben schon heute Stipendien an alle Berechtigten, nicht aber an jene, die es gar nicht nötig haben.



Ein Ja zur Initiative würde Bund und Kantone jährlich 500 Millionen Franken kosten. Damit soll für Studentinnen und Studenten und für Personen in der höheren Berufsbildung ein «minimaler Lebensstandard» gewährleistet werden. Nicht erwähnt werden in der Initiative jene 57 Prozent der jungen Menschen, die eine Berufsausbildung machen oder ein Gymnasium besuchen. Die Initiative ist einseitig auf Studium und höhere Berufsbildung ausgerichtet – und damit ungerecht. Auch sollen nach dem Giesskannenprinzip alle Studierenden davon profitieren, auch wenn die Eltern wohlhabend sind. Diese Ungerechtigkeit und diese undifferenzierte Begünstigung dürfen nicht Teil unserer Bundesverfassung werden!

Initiative führt zu Mehrkosten

Falls nach Annahme der Initiative Bund und Kantone neu eine halbe Milliarde Franken pro Jahr ausgeben müssten, könnte dieses Geld nicht zusätzlich zu allen bereits bestehenden Ausgaben verteilt werden. Der Bund wie auch die Kantone müssen zurzeit ihre Ausgaben senken. Es ist undenkbar, jetzt deutlich mehr Geld auszugeben, nur um einen kleinen Teil der Bevölkerung finanziell zu unterstützen. Vor allem auch weil die Kantone bereits heute Studierende und gerechterweise auch die Absolvierenden einer Berufslehre und Gymnasiastinnen und Gymnasiasten finanziell unterstützen, falls sie es wirklich nötig haben.

Das heutige System ist gut

Die Kantone haben eine Vereinbarung geschlossen: das Stipendienkonkordat. Initiator dieser wichtigen Errungenschaft ist der Leiter des basel-städtischen Amtes für Ausbildungsbeiträge, Charles Stirnimann. Als ausgewiesener

Kenner der Materie hat er darauf gedrängt, dass von Basel-Stadt aus dieses Konkordat angestrebt wurde; 2013 ist es in Kraft getreten. Die Grundsätze für die Vergabe von Ausbildungsbeiträgen und die Mindestbeiträge sind darin festgeschrieben. Studierende an Hochschulen und Personen in der höheren Berufsbildung, die Anrecht auf ein volles Stipendium haben, erhalten mindestens 16 000 Franken pro Jahr, mit Unterhaltspflicht gegenüber Kindern noch mehr. Selbstverständlich unterstützen die Kantone auch die Absolvierenden eines Gymnasiums oder einer Berufslehre. Bereits etwa 80 Prozent der Schweizer Bevölkerung profitieren derzeit von diesem Konkordat, weil ihre Kantone beigetreten sind.

Schwächung des Bildungssystems

Würde die Initiative angenommen, müssten Bund und Kantone 500 Millionen Franken jährlich für einen kleinen Teil der Bevölkerung ausgeben. Das Geld müsste andernorts eingespart werden, weil es unmöglich ist, zusätzliche Mittel in Bund und Kantonen zu erhalten. Die Bildung wäre hauptbetroffen. Die Beiträge des Bundes an die Universitäten und Fachhochschulen würden wohl im Zuge von kompensierenden Einsparungen gekürzt. Die geplanten Zusatzbeiträge für die höhere Berufsbildung (Meister-Ausbildung) wären ebenso gefährdet wie

Es gibt bereits das Stipendienkonkordat, von dem derzeit rund 80 Prozent profitieren.

zusätzliche Finanzen für die dringend nötige Erhöhung der Ausbildungsplätze in der Humanmedizin. Auch die Kantone müssten im Bildungsbereich sparen. Es macht keinen Sinn, unser für alle sehr gutes Bildungssystem zu schwächen, um für wenige Bezüger viel mehr Geld ausgeben zu können.

Ein Nein zur Initiative ist verantwortungsvoll, da kein Malaise besteht. Ein Nein anerkennt auch den guten Weg, auf dem wir in Basel-Stadt und der übrigen Schweiz mit dem Stipendienkonkordat sind. Vermeiden wir die gefährlichen Nebenwirkungen und gewährleisten wir weiterhin eine sehr gute Bildung und Ausbildung, die allen in unserem Land zugänglich ist!

Patricia von Falkenstein ist Präsidentin und Grossrätin der Liberal-Demokratischen Partei Basel-Stadt.